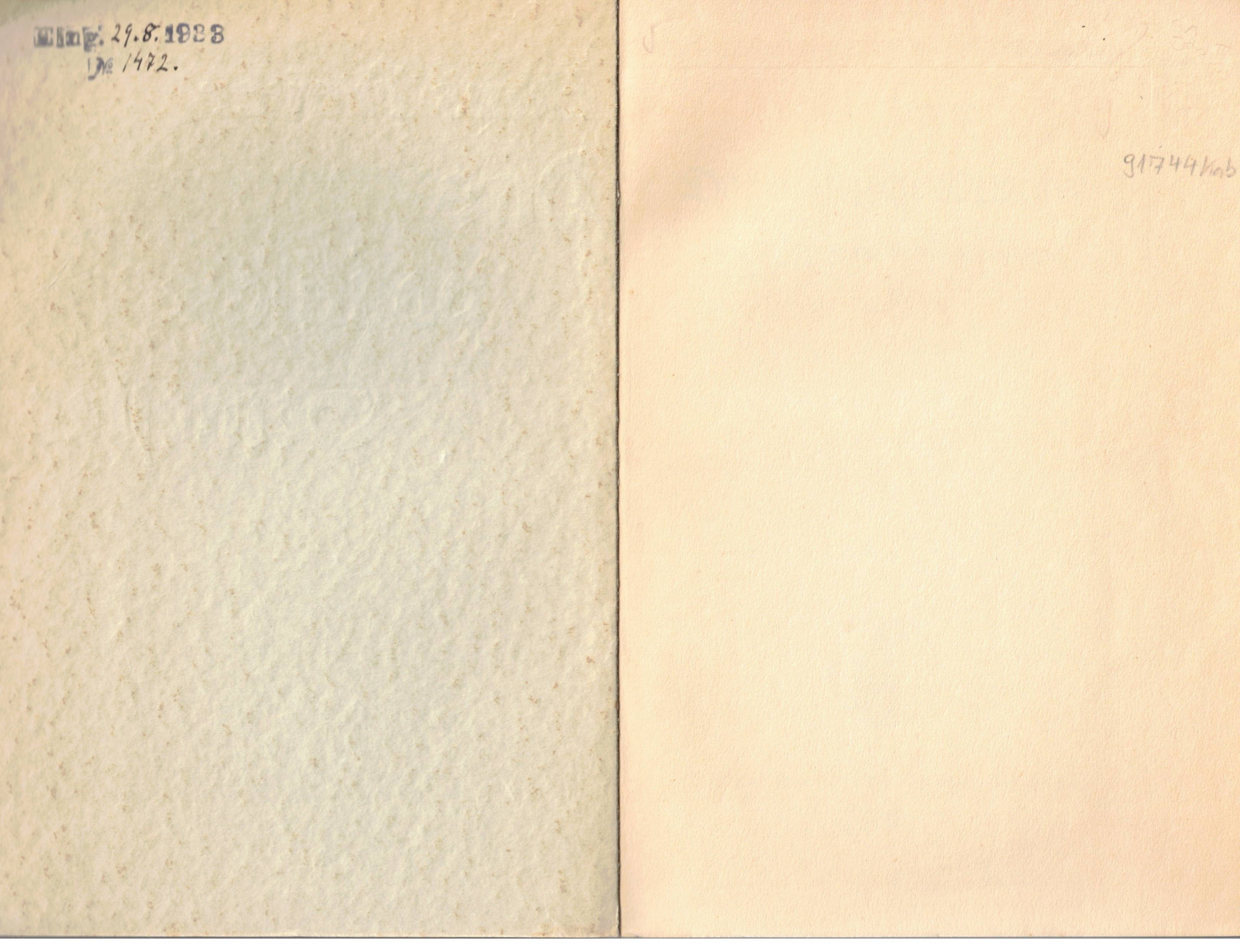
Hans Freyer

Das politische Semester



Hans Freyer

Das politische Semester

Ein Vorschlag zur Universitätsreform



Eugen Diederichs Verlag in Jena
[1933]

Druck der Spamer A.-G., Leipzig

Inhalt

1. Politische Bildung

Die Universität ist in allen ihren großen und wirksamen Formen wesentlich Bildungsstätte. Die Bildungsidee, die ihr jeweils innewohnt, gibt ihrer gesamten Arbeit, auch ihrer wissenschaftlichen Arbeit, Einheit und Ausrichtung. Es ist nicht möglich, aus der Mehrzahl der Zwecke, die in der deutschen Universität seit Jahrhunderten vereinigt sind — wissenschaftliche Forschung, wissenschaftliche Lehre, Berufsschulung, Tradition eines akademischen Menschentyps —, einen einzelnen herauszulösen und ihn als den Zweck der Universität hinzustellen. Wer die Universität auf einen Zweck festlegen will, zerstört sie von Grund auf. Wer die verschiedenen Bedeutungen, die sie in sich trägt, auseinanderorganisieren, zum Beispiel die Berufshochschulen, die in ihr stecken, von einer „humanistisch-philosophischen Fakultät" abtrennen will (wie das in einigen modernen Universitätsreformplänen geschieht), verrät damit, daß er nicht versteht, was die Universität will. Die Universität ist wesentlich mehreres in einem. Wohl aber hat sie zu allen Zeiten ihre Einheit und ihre Prägung bekommen durch eine verbindliche Idee vom Menschen und seiner Bildung. Selbst grundlegende Wandlungen des Wissenschaftsbegriffes vermochten sich als Wandlungen der Universität nur dann auszuwirken, wenn sie einen Wandel der Bildungsidee in sich einschlossen; wenn sie eine neue Vorstellung von der Sendung des Geistes in der Wirklichkeit und von der Verpflichtung des Wissenden gegenüber seinem Volk und seiner Zeit mit sich brachten.

Universitätsreform bezeichnet demnach folgenden Sachverhalt. Eine neue Idee vom Menschen und seiner Bildung ist oder wird gültig, die Universität öffnet sich dieser Idee und wird von ihr erneuert. Wo Universität wirklich reformiert wurde, lag dieser Prozeß vor.

Umbau im bloß Institutionellen ist aller Erfahrung nach auf dem Feld der Universität entweder wirkungslos, oder wirkt, wenn tief gegriffen wird, nur formauflösend, nicht formgebend (Beispiel: die Demokratisierung der Universitäten in den letzten 15 Jahren). Dagegen wirkt sich der Einbruch einer neuen Bildungsidee auf dem Felde der Universität immer auch institutionell aus. Der gesamte Aufbau des Lehrsystems, alle akademischen Lebensformen, der Geist der Universitätsverfassung und das Gefüge der akademischen Einrichtungen wird von daher umgeformt. So denken die Universitätspläne Schellings, Fichtes, Schleiermachers aus den Jahren 1802, 1807, 1808, und sie denken richtig. Sie statuieren mit philosophischen Mitteln, was der Mensch sei, was Wissen in der Welt bedeute, wohin Bildung ziele und worin sie bestehe, und sie entfalten diese Philosophie systematisch zu einem Bild der hohen Schule. Die Universität reformieren heißt: eine gültige Norm der Bildung im Material der Universität verwirklichen und die Universität als ganze mit allen ihren Institutionen und Funktionen von ihr aus gestalten.

Die Bildungsidee, die für uns gültig ist, ist die Idee des politischen Menschen, der in seinem Volkstum wurzelt, der sich dem geschichtlichen Schicksal seines Staats verantwortlich verbunden weiß und der sich mit geistiger Souveränität für die Gestaltung der Zukunft einsetzt.

Diese Idee einer politischen Bildung ist, wie jede echte Bildungsidee, nicht theoretisch erdacht, nicht philosophisch deduziert, nicht pädagogisch erfunden worden. Sie ist aus der Not der Wirklichkeit geboren und, als männliche Antwort auf die Schläge des Schicksals, erst an wenigen, dann an vielen Stellen erwacht. Geschichtlich läßt sie sich Jahrzehnte zurückverfolgen. In der Jugendbewegung der Vorkriegszeit setzt sie sich gegen Romantik, Ästhetizismus und lebensfremde Sonderbündelei durch. Auf dem Hohen Meißner wird sie von vielen gemeint, von einigen gewußt. Aus den geistigen und politischen Wirren des letzten Jahrhunderts hebt sie sich mit steigender Deutlichkeit heraus. Heute stellt sie für jeden, der nicht völlig in der Vergangenheit oder auf einer privaten Insel lebt, die gültige Norm dar, nach der Menschen zu bilden sind und nach der die Jugend sich selbst zu bilden strebt.

Wer an irgendeiner Stelle in der gegenwärtigen Bildungsarbeit steht und sich über das immanente Ziel seines Tuns, über die Menschenform, an deren Realisierung oder Befreiung er arbeitet, ehrlich Rechenschaft gibt: ich glaube, er findet keine andere Formel, der Allgemeingültigkeit zukäme, als die Formel „Bildung des politischen Menschen". Er findet keine andere Formel als diese: das heißt nicht, daß er sich faute de mieux, weil alle höheren Bildungsintentionen zur Zeit schlecht im Kurs stünden, an dieses Bildungsideal hielte, um doch wenigstens eins zu haben. Es sind vielmehr die wesentlichen Kräfte des gegenwärtigen Menschen, die auf diesen Bildungstypus tendieren, und es sind seine wesentlichen Anlagen, die in ihm tatsächlich ihre Erfüllung finden können. Politische Bildung ist nicht nur ein behelfsmäßiges, aus praktischen Gründen willkommenes, äußerlich zeitgemäßes Modell, sondern sie ist echte gültige Norm, auf sehr verschiedenen Niveaus erfüllbar (wie schließlich jede Bildungsidee), aber — das ist das Entscheidende — einer letzten Vertiefung fähig, und dann eine Form menschlichen Seins, die es mit jeder anderen aufnehmen kann.

Alle anderen Bildungsideen, insbesondere die humanistische klassischer Prägung, sind durch sie aus dem Felde geschlagen oder antiquiert worden. Aus dem Felde geschlagen ist ein falscher Ausdruck: ein wirklicher Kampf hat garnicht stattgefunden. Das Ideal der humanistischen Bildung ist in dem Zeitraum von Herder bis Humboldt ganz groß aufgerichtet worden und hat sich bis tief in den Liberalismus hinein als geschichtliche Macht ersten Ranges erwiesen. Wir wissen heute aus historischen Studien, daß diese Bildungsidee ein bewußtes Bekenntnis zur Nation in sich einschloß, daß sie an eine Sendung des Geistes in der Wirklichkeit glaubte, daß sie also

keineswegs jene private Selbstkultivierung der individuellen Person meinte, die dann später im Begriff des „Gebildeten" daraus geworden ist. Sie war, jedenfalls in ihren tiefsten Fassungen, ein ungeheuer anspruchsvolles, sogar ein ungeheuer hartes Bildungsideal. Ihr Sinn war, den Menschen, der von Natur auf Totalität angelegt ist, mit der Objektivität des geistigen Reichs zu konfrontieren, ihn durch diese enorme Beanspruchung bis in die letzte Faser zu aktivieren und, wie Wilhelm von Humboldt sagte, ein Universum in seiner Individualität zu erzeugen.

Es ist kein Zweifel, daß die Bildungsidee des Humanismus, wie sie von der deutschen Bewegung erarbeitet wurde, etwa zwei Generationen lang in Deutschland im vollen Sinne des Wortes gültig gewesen ist. Sie ist als Norm aller Menschenbildung nicht nur geglaubt worden, sondern wirksam gewesen. Das gesamte höhere Schulwesen, vor allem die Universität und darüber hinaus alles geistige Streben innerhalb der Nation, ist durch sie gestaltet worden.

Aber es ist ebenso zweifellos, daß die geistige Grundlage, auf der die klassische Bildungsidee ruht, bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts völlig zerbrochen war. Als der unzeitgemäße Nietzsche schrieb, war das humanistische Bildungsideal keine Realität mehr in Deutschland. Der Positivismus, der die Einheit der geistigen Welt zerstörte, der Materialismus, der ihre Autonomie aufhob, der Liberalismus, der die Wirklichkeit in eigenständige Bezirke aufsplitterte, alles das fraß an den Voraussetzungen des humanistischen Glaubens. Das ganze 19. Jahrhundert ist ein einziger Weg von der humanistischen Bildungsidee weg. Um 1900 lebte von ihr nichts mehr als ein allgemeiner Wortglaube an sie. Dieser freilich wurde zäh festgehalten und bildete die typisch bürgerliche Drapierung der wilhelminischen Wirklichkeit. Der einzige Inhalt, der dahinterstand, war der fade Begriff einer „allgemeinen Bildung". Alle Renaissancen der humanistischen Bildungsidee, das meiste von dem, was als dritter Humanismus firmierte, blieb Epigonentum und blieb zugleich Literatur.

Die Idee einer politischen Bildung traf also nicht auf eine wirkliche Gegnerin, gegen die sie sich durchzusetzen gehabt hätte. Sie traf auf eine geistige Leere, auf jene Barbarei, die Nietzsche geschildert hat. Nicht als Gegenschlag gegen eine bestehende Ordnung, nicht als Jugendbewegung gegen eine klassische Form, sondern aus ursprünglichen Bedürfnissen der Wirklichkeit heraus und als geistiges Korrelat einer geschichtlichen Bewegung des Volks ist die Idee der politischen Bildung entstanden. Das legitimiert ihren Anspruch, die gültige Bildungsidee der Gegenwart zu sein. Das wird ihr die Kraft geben, eine neue Gestalt der Universität zu erzeugen.

2. Exkurs über die Philosophie

Ich muß, ehe ich von den Wegen und Inhalten politischer Bildung spreche, einen Exkurs einschalten, um der Idee einer Reformation der Universität von Anfang an die nötige Kontrapunktik zu geben. Ich stelle den Exkurs auf eine einzige Frage ab, die aber die entscheidende ist: auf die Frage der Philosophie.

An dem Tag, an dem an der deutschen Universität nicht mehr philosophiert würde — philosophiert würde in dem ewigen Sinne des Worts, den die Griechen geschaffen haben —, wäre die Universität wert, an allen vier Ecken angezündet zu werden. Die Philosophie ist das Juwel, ohne dessen Besitz die Universität und ihr Wissenschaftsbetrieb zu poweren Angelegenheiten würden. Sie ist nicht nur eine Art notwendiger Luxus, den die deutsche Universität sich zu leisten die moralische Pflicht hätte, um einer stolzen Tradition willen oder um nicht in Praxis abzusinken. Die Philosophie als otium aufzufassen, wäre römisch, aber nicht deutsch. Der deutsche Geist muß, gleichviel was er sonst von ihr und mit ihr will, der Wirklichkeit philosophisch gegenübertreten. Und wenn er je davon abläßt, kann man ihm auf den Kopf zu sagen, daß er ermattet, überfremdet oder sich selber untreu ist. Der Wille zur Philosophie ist ihm nicht nur wesensgemäß, sondern schlechthin unentbehrlich. Jeder, der den realistischen jungen Amerikaner mit seinem Matter-of-fact-Blick oder einen andern sogenannten modernen Typ als billigen Trumpf gegen den philosophierenden Deutschen ausspielt, versündigt sich am deutschen Geist und ist auf dem Wege, die deutsche Universität zu entdeutschen.

Im letzten Jahrzehnt pflegte man das so zu formulieren: es gebe neben den speziellen Fachwissenschaften die intellektuelle Pflicht zur radikalen philosophischen Frage; und wenn sich auch die Universität, der Arbeitsteilung der Wissenschaften folgend, im übrigen ganz auf strenge Einzelwissenschaft zu stellen habe, hier bleibe ein Übergreifendes, hier bleibe eine Mitte, die gleichsam den letzten Rest der humanistischen Universität, der in der Gegenwart ehrlicherweise noch zu halten sei, darstelle. Auch die in eine Reihe von Fachhochschulen aufgesplitterte Universität habe die Pflicht, diese Mitte zu hüten. Das sei unser Humanismus: „eine Haltung, die es uns ermöglicht, auch das in Frage zu stellen, worauf wir stehen".

Ich glaube, daß mit solchen Formeln einem richtigen Gedanken eine außerordentlich falsche Wendung gegeben wird. Es ist ausklingender Positivismus und heißt die Universität einem völlig intellektualisierten Bildungsideal zum Opfer bringen, wenn man den ursprünglichen Trieb zur Philosophie in dieser Weise zur Haltung des „radikalen Fragens" sublimiert. Die Philosophie als integrierenden Bestandteil der deutschen Universität erkannt haben heißt etwas ganz anderes. Es bedeutet die Forderung, den philosophischen Bauwillen lebendig zu erhalten. Daß jede Generation aufs neue ihr Bild vom Menschen nicht nur realisiere, sondern es außerdem philosophisch legitimiere und es eben dadurch mit verstärkter Kraft in die Geschichte einsenke; daß jede Generation ihre Zeit nicht nur lebe, sondern sie (wie Hegel die Philosophie definiert hat) auch „in Gedanken fasse"; daß jede Generation wieder bereit sei, das Wagnis der Metaphysik zu laufen — das ist der Sinn der Forderung, daß Philosophie sein solle. Ob sich der Wille zur Philosophie als echte Metaphysik, als Transzendentalphilosophie des Bewußtseins, als Philosophie der Weltgeschichte, als Ethik oder als philosophische Anthropologie verwirklicht, das mag wechseln. Entscheidend ist, daß die Intention auf den „Weltbegriff der Philosophie", von dem Kant spricht, da ist und daß das Ringen um ihn nicht erlahmt, sondern gestärkt wird.

Diese Forderung muß nun allerdings durch ein Urteil über den gegenwärtigen Zustand der Philosophie an der deutschen Universität

ergänzt werden. Man gestatte dem Außenseiter das Urteil, daß die Universitätsphilosophie heute in einem entsetzlich hohen Maße der Tummelplatz skurriler Einfälle, epigonenhafter Systembildungen und belangloser Privatbekenntnisse geworden ist, und daß nur an ganz wenigen Stellen, an diesen allerdings bestimmt, geschürft, an noch wenigeren geteuft wird.

Wenn dieser Eindruck richtig ist, würde damit nicht das geringste gegen die Forderung gesagt sein, daß der Wille zur Philosophie auf der deutschen Universität aufrechterhalten oder — wenn nichts andres möglich sein sollte — wenigstens durchgehalten werden muß. Gleichgültig wie gut oder schlecht es zur Zeit geschehen kann, gilt die Forderung, daß auf der Universität Philosophie getrieben werden soll, und zwar nicht bloß als private Angelegenheit derer, die dafür begabt sind oder die es aus irgendeinem Grunde nicht lassen können, sondern aus dem tiefsten Rechtsgrunde, der sich denken läßt: weil der deutsche Geist es nicht lassen kann und nicht lassen soll.

Ob freilich die Philosophie zur Bildung des gegenwärtigen Menschen gehört und welchen Ort sie darin hat, diese Frage steht auf einem andern Blatt. Ihre Beantwortung ist keineswegs eindeutig vom Stand der Philosophie abhängig, ist aber auch damit nicht entschieden, daß wir die Universität von der Pflicht, die Philosophie zu hüten, unter keinen Umständen loszusprechen bereit sind. Bildungsideen erwachsen, wenn sie echt sind, aus den echten Bedürfnissen der Zeit, beziehen daher ihre Gültigkeit und entscheiden selbst über ihre Inhalte. Diejenigen, die heute gedankenlos, vielleicht auch wohlmeinend an der philosophischen Propädeutik als Bestandteil der allgemeinen Bildung festhalten — ich fürchte, sie galvanisieren nicht nur einen Begriff der Bildung, der tot ist, sondern sie leisten auch der Philosophie einen außerordentlich schlechten Dienst.

Für die Philosophie kommt es heute gerade nicht darauf an, sich in die Breite zu treiben, es kommt für sie vielmehr darauf an, sich in die Tiefe zu treiben. Nietzsche spricht von der stählernen Notwendigkeit, die den Philosophen an eine wahre Kultur fesselt; aber wie — so fragt er —, wenn diese Kultur nicht vorhanden ist? (Philosophie im tragischen Zeitalter der Griechen.) Der Philosoph ist heute allen Ernstes auf sich selbst, auf seine Einsamkeit zurückgeworfen. Die Zeit, in der seine Philosophie — als Philosophie — das öffentliche Leben beherrschen und gestalten wird, wird erst kommen. Trotzdem oder vielmehr gerade darum ist Philosophie heute eine stellvertretende Leistung fürs Ganze. In ihr wird, nach der schauerlichen geistigen Auflösung, die wir durchgemacht haben, wieder Grund gewonnen, nicht Notgrund zum flüchtigen Ankern, sondern Grund im Wesen, unterhalb dessen, woraus wir heute leben, unterhalb auch des Politischen. Unsre Bildung ist nicht philosophisch, und Philosophie ist heute nicht Bildung. Aber gerade darin besteht ihre Ehre: sie arbeitet aus eigner Verantwortung für morgen. Sie denkt anspruchsvoller und tiefer, als die Wirklichkeit heute sein kann, damit die Wirklichkeit anspruchsvoller und tiefer werde. Und es ist Vorgriff, wenn wir eine Philosophie erwarten, die — um noch einmal Nietzsche zu zitieren — die Forderung erfüllt: Philosophie für Staatsmänner zu sein.

Ich kehre zum Begriff der politischen Bildung zurück.

3. Politische Bildung und politische Erziehung

Politische Bildung ist selbstverständlich keine ausschließlich akademische Angelegenheit. Weder der bewußte Einsatz für die Zwecke des eignen Staats noch die geistige Unterbauung dieses Einsatzes mit geschichtlichen Einsichten, weder der Dienst am eignen Volk noch das bewußte Bekenntnis zu dessen geistiger Art sind Reservatrechte oder Reservatpflichten der akademisch Gebildeten.

Wohl aber erwächst der Universität im Sinne der politischen Bildungsidee eine Fülle eigner Aufgaben, die nur sie wird lösen können. Es erwächst ihr daraus geradezu die Möglichkeit und die Verpflichtung, sich selbst und ihre geistige Arbeit unter ein neues Gesetz zu stellen, sich selbst aus dem Gehalt dieser Bildungsidee zu reformieren. Es ist wahrscheinlich, daß die Universität, wenn sie diese Möglichkeit und Verpflichtung verkennt, nicht nur ihre Bedeutung als geistiges Gewissen der Nation, sondern schlechterdings jeden Kontakt mit dem nationalen Dasein auf lange Zeit hinaus verlieren wird. Wichtiger aber als diese Feststellung, die vom Interesse der Universität aus gedacht wäre, ist die Feststellung, daß ein politisches Volk — zumal wenn es sich so spät und unter so harten Bedingungen wie das deutsche als politisches Volk formiert — einen Stand politisch Gebildeter bitter nötig haben wird. Wo bisher freischwebende Intelligenz teils war, teils sogar bewußt gewollt wurde, ist verantwortliche politische Bildung zu setzen. Daß sich die Universität im Sinne des politischen Bildungsideals reformiere, ist also nicht nur im Interesse ihrer Selbsterhaltung zu empfehlen (was ein untergeordneter Gesichtspunkt wäre), sondern von der geschichtlichen Lage Deutschlands her objektive Pflicht. Nicht nur die Wiedergeburt der geistigen Autorität unsrer Universitäten, sondern ihre Einfügung in den Staat der Zukunft hängt davon ab.

Worin besteht politische Bildung ihrem Inhalt nach? Sie besteht nicht darin, daß die Bildungsinhalte, gegenüber dem bisher üblichen Standard, ausgewechselt, etwa statt Kunst, Literatur und Philosophie politische Geschichte und Lehre vom Volkstum gesetzt, im übrigen aber die Struktur des humanistischen Bildungsideals unverändert aufrechterhalten wird. Sogenannte „politische Geistesgeschichte" — charakteristischerweise die bevorzugte Fragestellung liberaler Historiker der Gegenwart — wäre eine typische Fehlform der politischen Bildung. In ihr wird das Politische zum Inhalt der alten geistigen Haltung gemacht. Eine relativierende Typologie der politischen Ideenkreise wird erstrebt. Fremde politische Entscheidungen sollen in einer universellen, selbst aber unverpflichteten Übersicht „verstanden" werden.

Andern geistigen Gehalten gegenüber — allen denjenigen, die das humanistische Bildungsideal mit sicherm Instinkt erfaßte — ist diese Haltung vielleicht adäquat. Politischen Wirklichkeiten gegenüber ist sie nicht nur inadäquat, sondern inferior. Nicht sowohl ihrem Inhalt nach als ihrer Struktur nach ist die politische Bildung von der Grundform des Humanismus verschieden. Das Subjekt, auf das der Bildungswille zielt, ist ein andres. Nicht die auf Totalität angelegte Persönlichkeit, die sich aus den Schätzen der geistigen Welt nährt, sondern der disziplinierte, einsatzbereite Wille, der sich auf seinem Standort zu befestigen und sein Wirkungsfeld zu überschauen strebt, ist das Substrat der politischen Bildung.

Selbstverständlich bleibt es ein Unterschied des pädagogischen Willens, ob ich den Menschen für ein praktisches, zum Beispiel politisches Tun erziehen, stählen, einüben — oder ob ich ihn für ein Leben in einer wesentlich politischen Welt *bilden* will. Wie alle Bildung geht auch politische Bildung auf geistige Erfüllung und Ausweitung des Menschen und ist primär auf Sicht, nicht auf Tun gerichtet. Aber politische Bildung ist ihrer Struktur nach Sicht von einem Standort aus, geistige Vertiefung einer Entscheidung, geistige Erfüllung eines Willens. Alles, was an tatsächlichem Wissen, an gedanklicher Verarbeitung, an

geklärtem Bewußtsein und geistiger Übersicht in die politische Bildung eingeht, hat seinen Ort nur dann richtig, wenn es sich um den Strahl einer willensmäßigen Entscheidung zusammenschließt.

Das heißt, daß politische Bildung notwendig auf politischer Erziehung ruht und den Willen, sich für Volk und Staat praktisch einzusetzen, zu ihrer Voraussetzung hat. Willensschulung in dieser Richtung ist nicht nur ein anderes, das neben der politischen Bildung und außer ihr auch noch vonnöten wäre, sondern bildet die substantielle Grundlage für eine mit geistigen Mitteln arbeitende politische Bildung. Politische Willenserziehung und politische Bildung sind auf der Universität — auch institutionell — ineinanderzuarbeiten; ähnlich wie in der militärischen Bildung alle Lehre in die soldatische Erziehung eingearbeitet ist und erst dadurch ihre Wirkung bekommt.

Es wäre allzu bequem, die erzieherischen Aufgaben lediglich der Selbsterziehung der Studentenschaft (ihren Bünden, Korporationen, Selbstverwaltungen, Wehrdienstübungen und Arbeitslagern) zu überlassen, sie gleichsam stillschweigend als heute vorhanden vorauszusetzen und die offizielle Universität nur zusätzlich mit einigen theoretischen Vorlesungen, die politische Bildung vermitteln sollen, zu beauftragen. Was die Universität mit ihren spezifischen Mitteln, insbesondere vorlesungsmäßig, zu politischer Bildung tun kann, ist vielmehr mit den studentischen Ansätzen zu politischer Selbsterziehung, die erst dadurch in den Organismus der Universität aufgenommen werden, planmäßig zu verbinden.

Dabei soll das bisher Geleistete und Intendierte voll akzeptiert und die eigne Initiative der Studentenschaft, also das Moment der studentischen Selbsterziehung, aufrechterhalten werden. Die Studentenschaft kann mit Recht darauf hinweisen, sie habe erkannt, daß Arbeit und Wehr die Grundlagen eines modernen politischen Volkes sind, und sie habe ihre Selbsterziehung, im wesentlichen aus eigner Initiative, an diesen beiden Forderungen orientiert. Der Arbeitsdienst (heute: das Werkhalbjahr der Abiturienten, bald: die allgemeine Arbeitsdienstpflicht) und die soldatische Schulung (heute: die AWK.-Arbeit, hoffentlich bald: die allgemeine Wehrpflicht) sind in der Tat die wichtigsten Stellen einer politischen Erziehung der Studentenschaft. Sie sind es, weil die großen Zwecke des Staats in ihnen unmittelbar gegenwärtig sind. An sie hat also die politische Bildungsarbeit der Universität anzuknüpfen.

Daß der militärische Dienst den jungen Menschen in die Front des politischen Volks einreiht und von jedem, in dessen Seele irgend etwas auf den Geist der Waffe anspricht, so erfahren wird, bedarf keiner Erörterung.

Aber auch in der Arbeit steckt die volle Ehre des Staats. Und im Arbeitsdienst kann heute eine Erziehung zum politischen Leben geschehen, die nicht minder zwingend und für die Prägung des Menschen nicht minder wichtig ist. Die körperliche Arbeit ist im 19. Jahrhundert auf das tiefste entweiht worden. Sie ist zur individuellen Angelegenheit der Privatperson entleert, zur Grundlage eines bürgerlichen oder proletarischen Broterwerbs erniedrigt, zum Gegenstand flüchtiger Verträge gemacht — Marx sagt ganz richtig: sie ist zur Ware entwürdigt worden.

Im Arbeitsdienst bricht sowohl durch den bürgerlichen wie durch den proletarischen Materialismus — und beide gehören auf das engste zusammen — ein neues Ethos der Arbeit durch. Er stellt den heiligen Sinn menschlicher Arbeit wieder her: frei übernommene Pflicht, Dienst an den Notwendigkeiten des Ganzen, objektiv sich einordnende Leistung, Mitwirkung an der Verwirklichung des Reichs im Material der Erde zu sein. Der Aufbau eines neuen Staats wird in Deutschland unmöglich sein ohne die planmäßige Formierung und den planmäßigen Einsatz der Arbeitskräfte der Volksjugend durch den Staat und für den Staat. Wenn Deutschland nicht über kurz oder lang in die Bahnen seines alten Wirtschaftssystems zurücksinken, sondern einen wirklichen Schritt in seiner Geschichte vorwärts tun soll, so sind damit materielle Arbeitsaufgaben von einer Größe gesetzt, daß nur diese neue

Großform der Arbeit, der Arbeitsdienst, ihnen gewachsen sein kann: die Besiedlung des deutschen Bodens zu vollenden ist eine von diesen Aufgaben. Die sogenannte freie Wirtschaft ist nicht nur materiell, sie ist vor allem ideell unfähig, der Mächtigkeit dieser geschichtlichen Aufgaben zu begegnen. Lösbar werden sie nur, wenn das neue Ethos der Arbeit Allgemeingut wird. Hier hat der Arbeitsdienst der Jugend wahren Pionierwert. In ihm soll der neue Sinn der Arbeit geboren werden. In ihm soll die sittliche Grundlage für den nationalen Sozialismus gelegt werden. In ihm soll das politische Wesen der Arbeit wieder erstehen. In diesem Sinne bildet der Arbeitsdienst eine der Grundlagen für die politische Bildung, die mit geistigen Mitteln zu vollenden die große Aufgabe einer erneuerten Universität sein wird.

4. Das politische Semester

Der Arbeitsdienst der Abiturienten im geschlossenen Arbeitslager gibt in seinen Freizeitkursen bereits selbst Gelegenheit zu politischer Bildung und wird in dieser Richtung auszugestalten sein. Die politische Bildung, die hier angebaut werden kann, bleibt aber notwendig primitiv, weil die Arbeitslager keinesfalls als rein studentische, sondern unter allen Umständen als gemischte Lager zu organisieren sind. Jedenfalls, die Universität hat hier unmittelbar anzuknüpfen. Sie hat die aus dem Arbeitslager kommenden Studenten durch ein „politisches Semester" hindurchzuführen.

Die Bedeutung dieses politischen Semesters besteht darin, daß die Universität gleich am Anfang und gleich am zentralen, nämlich am politischen Gegenstand den Studenten in ihren Geist aufnimmt, und daß sie auf ihrem Niveau den Grund für seine politische Bildung legt, ehe sie ihn seinem Fachstudium überläßt. Das politische Semester ist als ein Querbalken zu denken, der durch die Vielheit der Fachstudien hindurchgezogen wird und sie einheitlich trägt — analog dem philosophischen Studium, das im System der humanistischen Universität die gemeinsame Grundlage aller Fachstudien bilden sollte und tatsächlich gebildet hat. Daß die Universität des positivistischen Zeitalters auf einen solchen Querbalken verzichtete und die Studentenschaft vom ersten Tage an nach den Fachstudien aufsplitterte, ist das Symptom für die Liquidation jedes verbindlichen Bildungsideals in diesem Zeitalter. Die Vorlesungen des politischen Semesters sind demgemäß für alle Studenten, die ihr Studium beginnen, obligatorisch.

Wenn ich nunmehr, um nicht im Allgemeinen zu bleiben, den Inhalt des politischen Semesters zu skizzieren versuche, so muß ich natürlich bitten, diese Skizze lediglich als Beispiel aufzufassen, wie es etwa ge-

macht werden könnte: daß es auch anders gemacht werden kann, soll sich am Rande verstehen. Die Durchführung ist — jedenfalls zunächst — von den vorhandenen Kräften abhängig und wird — nicht nur zunächst, sondern auf die Dauer — darauf Rücksicht zu nehmen haben, daß nicht eine neue Belastung, sondern ein neuer Antrieb, nicht eine neue Zersplitterung, sondern ein neuer Schürzungspunkt geschaffen wird. Endgültige Richtlinien kann nur der praktische Versuch ergeben. Von vornherein komme ich etwa auf folgendes Modell.

Das politische Semester besteht aus einer Mehrzahl von publice-Vorlesungen, die nicht identisch wiederkehren, sondern nach Gegenstand, Behandlungsart und Dozent wechseln. (Vorschlag: drei Vorlesungen von im ganzen sechs Wochenstunden.) Das Fachstudium der Studenten soll also mit seinen Einführungsvorlesungen und Anfängerkursen daneben in dem gleichen Semester einsetzen können; nur daß zeitliche Kollisionen der politischen Kollegs mit denjenigen Fachvorlesungen, die für Anfänger bestimmt sind, ausgeschlossen werden müssen.

Die Vorlesungen des politischen Semesters sind weder wissenschaftliche Vorlesungen im herkömmlichen Sinn des Worts noch patriotische Predigten im Sinne des vaterländischen Unterrichts der Kriegszeit. Ihr Ziel ist ein dreifaches:

1. den Sinn für die Normen politischer Größe zu wecken;
2. den Blick für die Dynamik des politischen Geschehens zu schulen;
3. die Tatsachengrundlagen für ein vertieftes Verständnis der politischen Lage Deutschlands zu gewinnen.

Diese drei Zielsetzungen liegen offenbar auf ganz verschiedenem Niveau. Sie beziehen sich teils auf den Erwerb tatsächlichen Wissens, das für die Beurteilung der gegenwärtigen Weltlage notwendig ist, — teils auf die Fähigkeit, den Tatsachen ihre politische Relevanz anzusehen und die Verkettung politischer Ereignisse langfristig nachzudenken, — teils auf die Erweckung eines ethischen Bewußtseins, das zwar natürlich in einem Menschen, in dem es nicht bereitläge, durch keine Belehrung hervorgerufen werden könnte, das aber doch ebenso geweckt werden

kann, wie durch den Umgang mit großen Kunstwerken der Sinn für große Kunst geweckt werden kann. Aber so verschieden die drei Zielsetzungen sein mögen, so gewiß ist mir, daß sie einander ergänzen, ineinander überspielen und erst zusammen politische Bildung ergeben.

Ich nenne einige beliebig herausgegriffene Beispiele für die Themen solcher Vorlesungen.

Gruppe 1: Themen, die geeignet sind, den Sinn für die Normen politischer Größe zu wecken:
- Cäsars Monarchie und das Prinzipat des Pompejus.
- Friedrich der Große kämpft um Schlesien.
- Bismarck gründet das Reich.

Gruppe 2: Vorlesungen, in denen, wenn sie richtig gemacht werden, der Blick für die Dynamik des politischen Geschehens geschult wird:
- Der Kampf um den Rhein.
- Der Aufbau des englischen Weltreichs.
- Preußen und Deutschland.
- Heeresverfassungen und Formen des Kriegs.

Gruppe 3: Vorlesungen, deren Aufgabe es ist, dasjenige Tatsachenwissen zu vermitteln, das notwendig ist, um die gegenwärtige Weltlage und die Stellung Deutschlands in ihr zu verstehen:
- Das System von Versailles.
- Die großen Mächte der gegenwärtigen Weltpolitik.
- Das deutsche Volkstum in Mittel- und Osteuropa.
- Der deutsche Industriekörper.

Oswald Spengler hat im Jahre 1924 eine Rede über die politischen Pflichten der deutschen Jugend gehalten, die — besonders, wenn man bedenkt, daß sie 1924 gehalten wurde — bewunderungswürdig ist. Er setzt sich darin mit großer Leidenschaft für eine politische Bildung oder, wie er lieber sagt, für eine politische Erziehung der deutschen Jugend ein, und er versteht darunter folgendes.

Politik ist eine Kunst, die an der zähen täglichen Praxis großer Staatsmänner studiert werden kann, und die, außer gewissen moralischen Eigenschaften, heute vor allem ein außerordentlich hohes Maß von Wissen voraussetzt. Die Pflicht der deutschen Jugend ist es, sich einerseits zu der Härte, Nüchternheit und Spannkraft des Willens zu erziehen, ohne die Politik Dilettantismus oder Rausch bleibt, und sich andrerseits die Kenntnis der Tatsachen anzueignen, von denen die moderne Weltpolitik bestimmt wird. Wer von euch weiß, fragt Spengler, wie das moderne Kreditsystem arbeitet, welche wirtschaftlichen Probleme das Verhältnis der großen Weltmächte der Gegenwart zueinander bestimmen, wie es um die Rohstoffwirtschaft Deutschlands oder um die Absatzchancen in Fernost steht? Um solcher Dinge willen ist der Weltkrieg ausgebrochen, von ihnen wird die Politik der nächsten hundert Jahre beherrscht sein. Man lernt sie nicht aus Parteiprogrammen und idealistischen Broschüren, sondern durch das Studium von Statistiken, Wirtschaftsberichten und politischen Akten. Das ist das geistige Futter, an das Spengler die deutsche Jugend, nach allzuviel Philosophie, gewöhnen möchte.

Die einseitige Richtung, in der Spengler die Idee der politischen Erziehung sucht, erklärt sich zum Teil aus der Front, die er nahm und 1924 nehmen mußte: aus der Front gegen die blinde Begeisterung und den romantischen Formalismus, in denen die junge nationale Bewegung damals befangen war. Trotzdem muß ein prinzipieller Einwand gegen den gewollt nüchternen Realismus Spenglers gemacht werden. Es ist wahr: jeder Schritt auf politischem Felde, sei es auch nur ein Denkschritt, erfordert die Kenntnis von Tatsachen, und wer nicht weiß, wie Versailles die Grenzen gezogen hat, wo in Europa Deutsche wohnen und welche unsrer Industrien auf Export angewiesen sind, der ist nicht politisch gebildet, so stramm, gesinnungstüchtig oder begeistert er auch sei. Aber politische Bildung ist nicht nur das. Sie ist ebensosehr, ja in erster Linie: Wissen um die großen Linien, auf denen das politische Geschehen der abendländischen Kultur verläuft, Bewußt-

sein der Traditionen, auf denen der deutsche Staat der Gegenwart steht, Organ für die lebendigen Vergangenheiten, die in unsre Zukunft eingehen werden, Gefühl für die Gesetzmäßigkeiten, die allem politischen Handeln zugrunde liegen, vor allem aber Sinn für politische Qualität und politische Größe. Daher die dreifache Zielsetzung, die dem politischen Semester zu geben ist.

Es liegt außerhalb der Möglichkeiten eines politischen Semesters und ist auch gar nicht seine Aufgabe, durchtriebene Kenner der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Verhältnisse zu erzeugen — ebenso wie es nicht die Aufgabe einer politischen Erziehung auf der Universität sein kann, aus jedem Studenten einen kleinen Macchiavelli oder vielmehr einen kleinen Principe zu machen. Staatsmänner bilden sich wirklich nur „im Strom der Welt". Die Aufgabe der Universität ist eine andre, und selbst wenn sie sich radikal zur politischen Hochschule entschlösse, könnte ihre Aufgabe nur die sein: einen Stand politisch Gebildeter zu erzeugen.

Eins versteht sich wohl in der Frage des politischen Semesters von selbst: die Dozentenfrage stellt das eigentliche Problem dar.

Die Zahl der ersten Semester ist in den nächsten Jahren für die kleinen Universitäten auf einige hundert, für die großen auf tausend anzusetzen. Legt man als Vorlesungsprogramm des politischen Semesters eine dreistündige, eine zweistündige und eine einstündige Vorlesung zugrunde, so ergibt das für die kleine Universität einen Bedarf von mindestens drei, für die größten (wegen der Notwendigkeit von Parallelvorlesungen) einen Bedarf von mindestens sechs Dozenten pro Semester. Da Wechsel nicht nur erwünscht, sondern notwendig ist, gilt es, an jeder Universität ein Gremium von zehn bzw. zwanzig Dozenten zu schaffen, die das politische Semester bestreiten. Diese Dozenten wären vom Ministerium zu bestimmen und mit der Abhaltung von Vorlesungen im Rahmen des politischen Semesters als einem zusätzlichen Lehrauftrag zu betrauen. Die betreffende Gruppe von Dozenten setzt den Vorlesungsplan für das politische Semester fest und

hat das Recht, Vorschläge für ihre eigene Erweiterung zu machen. Daß unter den vorhandenen Historikern, Staatsrechtlern, Geographen, Volkswirtschaftlern, Soziologen einige zur Übernahme dieser Aufgabe sofort fähig wären, ist gewiß. Sicher müßten sie manches hinzulernen, um der neuen Aufgabe gewachsen zu sein. Alte Kolleghefte hervorzuholen, wäre der Tod des Unternehmens. Daß die Politik nicht den Weg der Schillerschen Balladen gehen, also auf dem Wege der Behandlung verekelt werden darf, versteht sich von selbst — so sehr von einigen besonders Fortgeschrittenen heute bereits die Entpolitisierung der Geister als das neueste Stichwort ausgegeben wird.

Ebenso gewiß ist freilich, daß sich mit den vorhandenen Kräften die Durchführung des Plans an den meisten Universitäten nur behelfsweise und vorläufig ermöglichen läßt. Die Ausbildung geeigneter Dozenten könnte eine der Aufgaben einer umgebildeten Hochschule für Politik sein und wäre bei den Habilitationen künftighin zu berücksichtigen.

Daß die Universität, wenn man ihr einen Anlauf läßt, sich als unfähig erweisen sollte, die nötigen Lehrkräfte für das politische Semester in sich bereitzustellen, glaube ich vorläufig nicht. Jedenfalls wäre das ein echtes Versagen. Denn politische Bildung auf akademischem Niveau zu vermitteln, das ist keine beliebige Aufgabe, die der Universität von außen her gestellt würde, sondern das ist eine wesenseigene Aufgabe der gegenwärtigen Universität, und es wird einfach ihre Pflicht sein, hier nicht zu versagen.

5. Berufsbildung

Mit dem politischen Semester ist die Aufgabe der Universität in Sachen der politischen Bildung nur begonnen, nicht erledigt. Für alles weitere scheint mir eine Einsicht grundlegend zu sein: die Weiterführung der politischen Bildungsarbeit muß im engen Konnex mit dem Fachstudium, konkret gesprochen, mit der Berufsausbildung, die auf der Universität geleistet wird, erfolgen. Die Bildung zum Beruf soll politische Bildung einerseits zu ihrer Grundlage haben, weswegen das politische Semester an den Anfang zu verlegen ist; andrerseits aber muß sich die politische Bildung, wenn sie nicht zu nichtsnutziger Mitrederei werden soll, zur Berufsbildung konkretisieren und in einer solchen vollenden.

Seit Jahrhunderten hat die deutsche Universität die Aufgabe übernommen, die Anwärter auf bestimmte höhere Berufe theoretisch, zum Teil sogar praktisch auszubilden. Setzt man sie ihrem Ursprung und ihrer Idee nach als eine Stätte der reinen Wissenschaft, so ist sie in allen ihren historischen Gestalten ein Kompromiß, ein Doppelgebilde. Sie ist auch Berufsschule, und insofern verwaltet sie nicht autonom die freie Forschung und Lehre, sondern bildet im Auftrage der Gesellschaft und des Staates junge Menschen zu praktischen Tätigkeiten in einer konkreten Umwelt aus. Je mehr Richter, Geistliche, Lehrer, Ärzte und Beamte gebraucht wurden, und je mehr Berufe nach einer wissenschaftlichen Fundierung oder wenigstens nach wissenschaftlichen Einschlägen in ihrem Ausbildungsgang verlangten, desto größer wurde auf der Universität derjenige Sektor, der nicht reine Wissenschaft, auch nicht akademische Bildung, sondern Berufslehre war. Die überwiegende Mehrzahl der Studenten sucht auf der Universität nichts andres und gibt nichts andres zu suchen vor als eine gründliche Berufsaus-

bildung. Ganze Lehrstühle und Institute, ganze Vorlesungsgruppen, ja ganze Fakultäten bekommen von diesem außerwissenschaftlichen Ziel ihren Sinn. Und es ist gar nicht so, daß die Universitäten nur widerwillig und gezwungen die Aufgaben, die Staat und Gesellschaft ihnen gaben, übernommen hätten. Nein, sie sehen darin selbst einen Teil ihres Wesens. Nicht nur ihr äußeres Bild, sondern ihre innere Form, nicht nur die Geschichte ihrer Organisation, sondern die Geschichte ihres Geistes ist durch diese Doppelnatur und Doppelfunktion bestimmt. Kein Mensch denkt daran, diejenigen Berufe, die ein erhebliches wissenschaftliches Rüstzeug brauchen, anderswo vorzuschulen als auf der Universität; denn es ist, von ganz besonderen Fällen abgesehen, fraglos, daß es hier am besten geschieht. Kein Mensch denkt daran, der Universität ihren historisch begründeten und institutionell tief verankerten Charakter als Berufshochschule zu nehmen und sie in eine rein wissenschaftliche Akademie zu verwandeln — was sie jedenfalls auf abendländischem Boden nie gewesen ist. Sie soll Wissenschaft treiben, aber sie soll sie — unter anderem — im Hinblick auf praktische Ziele, nämlich auf Berufsbildung treiben. Es wird als sinnvoll hingenommen, daß die Universität diese beiden Strukturen in sich trägt.

Das ist zunächst einmal historisch und tatsächlich so. Die Frage ist nun: Ist es auch grundsätzlich und dem Wesen der Sache nach so? Ist das Merkmal, Berufshochschule zu sein, für die deutsche Universität äußerlich und sekundär, oder gehört es wesentlich zu ihrer Gestalt?

Der Humanismus um 1800 hat die beiden Strukturen der deutschen Universität in einem sehr tiefen Gedankengang in eins gedacht. Die reine Wissenschaft und die Berufsschulung sind für ihn keine konkurrierenden Teile der Universität, so daß derjenige Raum, der dem einen zugetan wird, dem andern notwendig entzogen würde. Sondern beide sind Glieder und Stufen eines einheitlichen Gebildes, das erst in dieser Gliederung und Stufung sein Wesen entfaltet. In ihrem inneren Kern ist die Universität für den Humanismus in der Tat freie

Wissenschaft und Bildung durch sie, freie Begegnung des Menschen mit dem Kosmos der Wahrheiten und freie Teilnahme an dem Prozeß ihrer Erforschung. Jene höheren Berufe aber, die im Dienste des Gemeinwesens notwendig sind und zu denen auszubilden die Aufgabe der praktischen Fakultäten geworden ist, bedürfen einer wissenschaftlichen Grundlegung, ja sie sind nichts andres als tatgewordene Wissenschaft. Sie bedürfen einer wissenschaftlichen Grundlegung nicht nur aus technischen Zweckmäßigkeitsgründen, sondern sie wurzeln in wissenschaftlicher Erkenntnis und wachsen aus ihr. Sie sind Wissenschaft, die sich der Wirklichkeit dienstbar macht.

Daraus ergibt sich die humanistische Forderung, daß die Anwärter auf diese Berufe aus der Wissenschaft herkommen, durch sie hindurchgehen, durch sie geprägt werden. Sie müssen einmal in ihrem Leben dem Kosmos der Wahrheiten in seiner ganzen Reinheit und Strenge gegenübergestanden haben, so daß das Ganze der Wissenschaft mindestens als Ahnung und das Ethos der reinen Wahrheitssuche mindestens als fortwirkendes Erlebnis in ihnen wirksam geworden ist. Darum beginne jedes Studium, auch wenn es auf einen praktischen Beruf führen soll, mit Philosophie (mit der „Idee des Wissens überhaupt", wie der deutsche Idealismus gern sagt), und es werde so tief getrieben, daß vom Geist der reinen Wissenschaft nicht nur ein Hauch verspürt, sondern eine entscheidende Verwandlung des jungen Menschen hervorgerufen werde. Die Universität gibt ihr Wesen nicht auf, wenn sie zu praktischen Berufen ausbildet, sie macht es nur wirksam. Wenn sie den Arzt, den Richter, den Lehrer, den Beamten ausbildet, meint sie nicht die praktische Technik dieser Tätigkeiten, sondern sie meint das Wissen, in dem Heilung, Recht, Lehre und Staat gründen. Dieses Wissen aber führt notwendig in die Totalität des Wissens zurück — und darum sind die Aufgaben der praktischen Fakultäten wesenseigene Aufgaben der Universität.

So etwa steht es bei Schelling, so in Schleiermachers „Gelegentlichen Gedanken über Universitäten im deutschen Sinn". Man kann

kaum größer und bündiger die Einheit in der Vielheit nachdenken, die die deutsche Universität darstellt.

Von diesem humanistischen Gedanken hat der Liberalismus ein Jahrhundert lang gelebt. Aber er hat den Gedanken schlecht verwaltet. Er hat ihn verzettelt und schließlich völlig verwirtschaftet. Während die spezialistischen Anforderungen der Praxis immer stärker wurden, wurde der humanistische Glaube an die Ganzheit der Wissenschaft und an die Philosophie als ihre Mitte immer schwächer. Das Ergebnis konnte nur sein: Auflösung derjenigen Einheit, die der humanistische Universitätsbegriff fest gegründet hatte. Es ist charakteristisch, daß sich an Stelle des Begriffs Beruf immer mehr der Begriff Fach einschiebt. Das Ende der Entwicklung ist die Auflösung der Universität in eine Reihe von „Fachhochschulen", die von der Wurzel her selbständig sind, bewußt auf Praxis hinzielen, bewußt auf Fachliches beschränkt werden. In der Mitte steht dann noch die „humanistisch-philosophische Fakultät", als der eben noch haltbare Rest einer Universitätsidee, die im übrigen zur „Fiktion" geworden ist.

Zwei Tatsachen machen es dem liberalen Denken grundsätzlich unmöglich, der Doppelstruktur der deutschen Universität Herr zu werden und damit den Sinn der Universität zu begreifen. Der Liberalismus ist erstens unfähig, die Idee des **Berufs** in der Tiefe zu fassen. Zweitens ist er unfähig, über das Verhältnis von Theorie und Praxis, von Geist und Wirklichkeit etwas Gültiges auszusagen.

Den **Beruf** führt die gesamte Geschichtsphilosophie des Liberalismus auf die Tatsache der Arbeitsteilung, also auf ein technisches Moment zurück. Beruf heißt für sie: fachliche Spezialisierung zwecks Verbesserung der objektiven Leistung. Daß der Beruf Glied im Ganzen, stellvertretende Leistung für das Ganze ist — daß der Schmied für den Stamm schmiedet und daß im Zauberer das Volk zaubert —, dieser Gedanke setzt lauter Kategorien voraus, die dem liberalen Denken nicht zugänglich sind. Aber nur mit ihnen ist die Tatsache Beruf faßbar. Einen Beruf haben, heißt innerhalb der objektiven

Ordnung eines Ganzen zu einer stellvertretenden Leistung berufen sein. Zweitens: Es ist eine grundfalsche Antithese, auf der einen Seite die reine Theorie anzusetzen, die in sich selbst zurückläuft und mit der Praxis nichts zu tun hat, außer daß sie sekundär darauf „angewendet" werden kann — auf der andern Seite die Praxis und was man für sie können und wissen muß. Auf dieser falschen Antithese beruht es im Grunde, wenn die liberale Universitätskonstruktion die Doppelnatur der deutschen Universität nicht versteht und darin nur das Zusammenkommen zweier heterogener Elemente zu sehen vermag. Nein: die Wissenschaft selbst zielt auf Wirklichkeit und auf die Prinzipien ihrer Gestaltung. Keine Rechtswissenschaft ohne die Frage, was gültigerweise Recht und gerecht sei. Keine politische Wissenschaft ohne die Frage, was gültigerweise Staat zu heißen habe. Keine medizinische Wissenschaft ohne die Frage, was gültigerweise Krankheit und gesundes Leben sei. Es sei denn, die Wissenschaft habe sich selber kastriert, bevor sie ihre erste Frage stellt: was der Positivismus zwar auch nicht fertiggebracht hat, aber fertigzubringen sich eine Zeitlang eingebildet hat. Es heißt nicht die Wissenschaft nachträglich auf praktische Belange anwenden, sondern es heißt sie wahrhaft in ihren Beruf einsetzen, wenn man ihr die Aufgabe stellt (so wie die deutsche Universität das tut), sie solle in das Lebensgebiet, das ihren Gegenstand bildet, auf einem königlichen Wege einführen: zwar nicht in seine Technik, wohl aber in seine Wertgrundlagen und in das Ethos seiner Praxis.

Die liberale Universitätsidee ist immer in Gefahr gewesen, als den eigentlichen Studenten den zukünftigen Privatdozenten anzusetzen, den zukünftigen Richter, Lehrer, Beamten und Arzt aber als uneigentlichen Studenten zu empfinden — oder als eigentlichen Studenten nur insofern, als er, sei es auch nur in der Form einer Dissertation, einen Schimmer vom Glanz jenes Typus abbekam.

Das ist dem Wesen der deutschen Universität nicht nur nicht gemäß, sondern tief zuwider. In einer wissenschaftlichen Berufsausbildung stoßen nicht zwei disparate Welten zusammen: eine freischwebende

Theorie und eine eigengesetzliche Praxis. Es ist keine Denaturierung der Geschichtswissenschaft, auch keine bloße Anwendung ihrer Resultate, sondern nur eine pädagogische Akzentuierung ihres inneren Gehalts, wenn sie zur Erzeugung eines geschichtlichen Situationsbewußtseins und zur historischen Vertiefung des gegenwärtigen Lebens ausgewertet wird — praktisch gesprochen, wenn sie den Geschichtslehrer erzieht. Erst recht ist es nicht die Denaturierung der Wissenschaften vom Leben und vom Menschen, sondern die bloße Aktualisierung ihrer inneren Kraft, wenn sie den Arzt ausbildet, der gesundes Leben schützen, krankes heilen soll.

Was bedeutet das für die Weiterführung der politischen Bildung auf der Universität?

Wenn die Berufe als Dienst am Volk und Staat erkannt sind, so bildet die Universität gleichsam in einem immanenten Sinne politisch, wenn sie zum Beruf bildet. Es wird sich darum handeln, diesen immanenten politischen Gehalt der Berufsausbildung zu entfalten und wirksam zu machen. Die wissenschaftliche Berufsausbildung wird echtes Berufsethos gewiß nicht hervorrufen können, wenn es ihr nicht entgegenwächst. Aber sie kann das Medium sein, in dem die abstrakte Neigung, die die Berufswahl des Knaben bestimmte, für den heranreifenden Jüngling konkretes Ethos von politischer Bedeutung wird. Die Universität kann, praktisch gesprochen (und damit führt sie ihre politische Bildungsarbeit weiter), in die einzelnen Fakultäten während des ganzen Ganges, besonders aber gegen Ende des Studiums, Kurse einbauen, in denen die politische Bedeutung der betreffenden Berufe und ihr Sinn in der Volksordnung behandelt wird. Daß dergleichen heute so gut wie völlig fehlt, ist nichts als Verfall, der sich als „strenge Wissenschaft" tarnt. Natürlich ist es nicht damit getan, daß dem Lehrer irgendwann einmal in erbaulichen Worten die Wichtigkeit seines Berufs für das Volksganze vor Augen geführt wird, dem Arzt ebenso und dem Richter auch. Sondern es handelt sich darum, das Tun der betreffenden Berufe in

die Volksordnung und in den geschichtlichen Stand des Staates hineinzudenken, auch die Wissensgrundlagen zu geben, die für eine solche Einordnung erforderlich sind. Es heißt nicht nur eine Gelegenheit versäumen, sondern eine Pflicht verletzen, wenn die Universität dem zukünftigen Arzt nicht dasjenige gibt, was ein verantwortungsbewußter Arzt wissen muß über die geschichtlichen Gesetze des Völkerlebens und Völkersterbens, über die sozialen Zustände, in denen in der Gegenwart Menschen krank sind und geheilt werden, über die biologischen Grundlagen historischer Größe und historischen Verfalls, über Reinhaltung und Vermanschung der Rasse.

Das bedeutet zum Teil die bloße Explikation des den betreffenden Wissensgebieten immanenten politischen Gehalts, zum Teil freilich ihre Erweiterung und ihre Verschränkung mit anderen, insbesondere politischen Wissenschaften; z. B. in dem eben erwähnten Fall die Einfügung von anthropologischen, soziologischen und geschichtlichen Themen in das medizinische Studium. Das Studium des Arztes auf der Universität soll in politischer Medizin, das des Lehrers in politischer Pädagogik, das des Juristen in politischer Rechtswissenschaft gipfeln. Damit wird die politische Bildung, die im ersten Semester als breite, aber notwendig abstrakte Fundierung, als bloße Einstellung auf die Sach- und Wertwelt des Politischen angesetzt worden ist, zu verantwortlichem Berufsbewußtsein konkretisiert. Damit wird dem Studium insgesamt ein politischer Sinn gegeben. Es führt auf Beruf. Es führt durch die Zucht der Wissenschaft hindurch in die politische Wirklichkeit hinein. Es ordnet den Studenten nicht in eine soziale Schicht „akademisch Gebildeter", sondern in sein Volk ein.

Man kann fragen: Ist mit diesen bescheidenen Ansätzen wirklich eine Erneuerung der Universität zu erreichen? Sollte das Ziel nicht von Anfang an höher gesteckt werden? Sollte nicht eine völlige Reformation des akademischen Studiums auf Grund eines ganz neuen Wissenschaftsbegriffes, sollte nicht der völlig neue Typus einer „politischen Universität" (Adolf Rein) zu erstreben sein?

Ich gebe das Recht dieser radikaleren Zielsetzung durchaus zu. Auch für mich steht als Endziel fest: daß der Gedanke der politischen Bildung die gesamte Universität und das gesamte Studium auf ihr durchdringe. Aber wenn es nicht bei einer bloßen neuen Idee von der Universität bleiben, sondern sich um Reform der wirklichen Universität handeln soll, so ist nach den Einsatzpunkten der Erneuerung zu fragen, und die Vorschläge sind auf die breite, traditionsbelastete, vieldeutige (notwendig vieldeutige) Wirklichkeit der deutschen Universität abzustellen. Die Allgegenwärtigkeit des Politischen im gesamten Leben der Universität ist nicht organisierbar. Sie kann sich nur durch Ausstrahlung ergeben. Sie wird es, wenn der Prozeß der Ausstrahlung an den richtigen Stellen in Gang gesetzt wird. Das politische Semester am Anfang und die politische Aufgipfelung der Berufsausbildung am Schluß — das sind die beiden Punkte, von denen aus die Erneuerung der Universität planmäßig gewollt werden kann.

Gewollt werden kann und — allerdings — gewollt werden muß. Ich habe gleich zu Anfang gesagt, daß die Idee einer politischen Bildung nicht etwa nur als Rettungsanker aufgefaßt werden darf — als Rettungsanker der Universität, die auf den hochgehenden Wogen der Revolution um ihre Selbsterhaltung kämpft, und die sich im Sinne jener Bildungsidee zu reformieren bereit sein muß, um nicht unterzugehen. Solche Bemühungen um Selbsterhaltung durch Anpassung wären, abgesehen davon, daß sie in diesem Falle wohl nicht ganz würdig wären, bestimmt vergeblich, weil allzu durchsichtig. Aber so steht es gar nicht. Daß sich die Universität dem Bildungsideal, das für uns gültig geworden ist, öffne, sich von ihm neu gestalten lasse, ist nicht Konzession, sondern Pflicht. Ich muß, um das in Kürze zu begründen, denjenigen Begriff entwickeln, der hinter allen unsern Überlegungen als Zielpunkt stand, den Begriff „politisches Volk".

6. Das politische Volk

Fichte hat auf die Frage, was ein Volk sei in der höheren Bedeutung des Worts, die Antwort gegeben: ein Volk sei das Ganze der in Gesellschaft miteinander fortlebenden und sich aus sich selbst immerfort natürlich und geistig erzeugenden Menschen, das insgesamt unter einem gewissen besonderen Gesetz der Entwicklung des Göttlichen aus ihm steht.

Eine epigonenhafte Kulturphilosophie hat aus dieser Metaphysik des Volkes den Begriff der Kulturnation gemacht. Indem sie die tieferen Schichten des Begriffs, die Verankerung des Volkes im Absoluten, wegstrich, wurde ihr das Volk zur geschichtlichen Lebensgemeinschaft derer, die an einer Kultur von bestimmter Prägung, an einer bestimmten Sprache, Kunst und Sitte, an einer bestimmten Rechts-, Welt- und Gottesanschauung Anteil haben. Nahm man den Gedanken hinzu, daß eine solche Gemeinschaft der Geister auf eine Gemeinschaft des Bluts zurückweise und nur in ihr fest begründet sein könne, so senkte sich zwar der Begriff des Volks in tiefere Schichten: Volkstum wurde als der tragende Grund der Kulturnation erkannt. Aber der grundsätzliche Mangel, der in der gesamten Geisteswissenschaft des 19. Jahrhunderts dem Volksbegriff anhaftete, blieb unbehoben.

Dieser grundsätzliche Mangel kam darin zum Ausdruck, daß zwischen Volkstum und Staat, zwischen der Blut- und Geistesgemeinschaft des Volks und seiner politischen Geschichte nur eine Spannung, oft sogar ein Gegensatz, aber keine lebendige Beziehung gesehen wurde. Wie oft ist, bis in die Gegenwart hinein, gerade von solchen, deren Denken aus einem starken Glauben an das Volkstum kam, das Volk als das organische Prinzip der geschichtlichen Welt, der Staat aber als mechanische Organisation, als Apparat, als Mittel zum Zweck der

Ordnung bezeichnet worden! Dachte man Volk und Staat derart als Gegensatz, so wurde das Volk zu einer Art konservativem Restbegriff, zu einer eigenständigen Wirklichkeit, deren Wesen es geradezu zu sein schien, nie ganz in die politische Form eines Staats eingehen zu können, ja eingehen zu dürfen; zu einem — je nachdem — unpolitischen oder vorpolitischen oder überpolitischen Wesen.

Es muß zugegeben werden, daß die tragische Situation des deutschen Staats in der europäischen Staatenwelt der Neuzeit diese antithetische Begriffsbildung nahelegte. Hier war ein echtes Volkstum, das zu politischer Einheit zusammenzufassen nie und nimmer gelingen zu wollen schien. Und es ist sogar mehr zuzugeben. Die deutsche Antithese Volk—Staat hat vor dem französischen Begriff der Nation, in dem Volk und Staat zu völliger Deckung gebracht werden, den Vorrang der Tiefe voraus. Gegenüber dem Begriff des Nationalstaats, der durch die französische Revolution zur herrschenden Denkform erhoben worden ist und mit dessen Hilfe in Versailles die Zerstückelung Zwischeneuropas und Osteuropas durchgeführt wurde, kommt dem deutschen Begriff des Volks das unvergleichlich höhere Recht zu.

Aber dieser Begriff blendet auch den Blick für die politische Aufgabe, die dem Volk, einfach mit seinem Dasein, gesetzt ist. Er macht das Volk allzusehr zu einem organischen Wesen, das vor und unter allen geschichtlichen Ereignissen seine Fortdauer hat — während es ist und sein soll: ein Versprechen auf geschichtliche Gestaltung, ein Wille zu politischer Geltung, ein Wille zum Reich. Das Volk als politisches Volk, das ist die Einheit, die durch jene antithetische Formel zerrissen worden ist.

Soll sie wiederhergestellt werden, so bedarf es vor allem eines anspruchsvollen Begriffs des Politischen. Es ist hier nicht die Aufgabe, diesen Begriff zu definieren, wohl aber ist es notwendig, ihn zu charakterisieren. Das Niveau muß bestimmt werden, auf dem er liegt, und damit wird zugleich die Idee der politischen Bildung überprüft werden.

Das Politische, das Sein und Handeln staatlicher Gebilde unter

dem Gesichtspunkt von Freund und Feind, ist nur mit einer einzigen Schicht der menschlichen Welt überhaupt vergleichbar: mit dem Sittlichen. Wie dieses ist das Politische eine Spontaneität des Subjekts, das sein Träger ist, ein echtes, selbstbestimmtes, selbstverantwortliches Tun dieses Subjekts, das Gegenteil von bloßem Reagieren nach Maximen der Klugheit. Daß ein Subjekt in einer widrigen Umwelt sich selbst erhält, auf der Linie des geringsten Widerstands seinen Nutzen sucht oder mit schlauen Mitteln seine Macht steigert, das ist jederzeit auch auf der Basis der Schwäche möglich, wenn sich nur diese Schwäche mit Raffinement verbindet. Die Hysterie macht eine Kunst daraus, aus Schwäche Macht, aus Minderwertigkeit Einfluß, aus Unwert Nutzen zu ziehen. Ein politischer Mensch sein, ein politisches Volk sein, einen politischen Willen haben, das bedeutet keine wertmäßig neutrale Seins- oder Aktionsform, auch keine bloße Technik der Wirklichkeitsbewältigung, ebensowenig wie das Sittliche eine wertmäßig neutrale Technik ist. Politisches Subjekt sein heißt — mit Spengler zu sprechen —, sich so in Form bringen und in Form halten, daß man jederzeit zu denjenigen Taten, Opfern und Leistungen bereit ist, die die Geschichte von einem fordert. Wie auf sittlichem Felde, so läßt sich auch auf politischem nicht mit generellen Begriffen formulieren, was jeweils konkrete Pflicht sei. Aber hier wie dort ist diese konkrete Pflicht in dem Moment, wo sie herantritt, eindeutig bestimmt, und die Politik ist ihr Vollzug, ihre Erfüllung.

Definiert man das Politische so, als eine Folge von geschichtlichen Pflichten und ihren Erfüllungen, aus denen insgesamt der Zug der politischen Geschichte hervorgeht, so ist das Subjekt der Politik nicht sosehr der Staat, sondern das Volk: gerade deswegen, weil das Volk das überdauernde, wie Fichte sagte: das sich selbst natürlich und geistig fortzeugende, oder wie man heute gern sagt: das „organische" Subjekt seiner Geschichte ist. Das Volk wird dann als der spontane Grund gedacht, aus dem staatliche Bildungen hervorgehen wie sittliche Taten aus der Spontaneität der Person; aus dem schon

ein Jahrtausend lang Staat geformt worden ist und aus dem immer aufs neue der Wille zum Reich gestaltungskräftig hervorbrechen wird. Erst so wird der eigentümlich deutsche Begriff des Volks zu einem politischen Begriff. Anstatt zwischen Volk und Staat eine abstrakte und darum unfruchtbare Antithese zu setzen, wird das Volk gleichsam als die politische natura naturans gedacht: als ein Wesen, das zu politischer Existenz berufen ist und aus dessen schöpferischen Kräften die politische Geschichte bestritten wird.

Überflüssig zu sagen, daß damit die Entfernung zu dem im 19. Jahrhundert üblichen Begriff der Nation und des Nationalstaates nicht geringer, sondern größer wird. Das Volk als Nation im französischen Sinn des Worts, das heißt als bewußtes politisches Bekenntnis der einzelnen Individuen zum nationalen Staat, wie er ist, zu definieren, widerstreitet nicht nur unserm Interesse, sondern unserm Wesen. Das Volk ist uns vielmehr — gerade in seinem organischen Dasein und weit unterhalb jeder aktuellen Realisierung in einem flüchtigen Jahrhundert der Geschichte — die Substanz der politischen Geschichte, und zwar nicht nur die formbare, sondern die sich selbst formende Substanz; mit Hegel zu sprechen: die Substanz als Subjekt. Das Volk ist die Bürgschaft für die Wirklichkeit des Reichs, auch wenn das Reich realiter nicht da ist: es ist dann als Wille, als Volk da.

Das ist kein Mythus, erst recht keine abstrakte Forderung, sondern ein politischer Begriff. Daß der politische Wille in einem Volk erschlafft oder irreläuft, daß die Kraft, ein Reich zu bilden, erlahmt und wohl gar der Anspruch, überhaupt eine politische Existenz zu führen, aufgegeben wird, kommt vor. Aber diese Fälle sind dann als negative Fälle des Politischen in den Begriff des Volks einzurechnen; sie sind als Verzicht oder als Verfall zu buchen. Zum positiven Begriff des politischen Volks aber gehört, daß es in seinen substantiellen Schichten bereit bleibt, seine Geschichte zu führen. Daß es nicht totzukriegen ist, ist noch kein hoher Wert; es bildet höchstens die Grundlage für die geheimnisvolle Fähigkeit zu Wiedergeburten und Wandlungen, zu Verjüngungen und Wiederaufstiegen. Diese geheimnisvolle Fähigkeit aber dokumentiert sich nicht nur an den großen Wendepunkten der nationalen Geschichte, sondern in jeder Generation wieder als stetiger Kraftstrom, der aus der Tiefe des Volks kommt, und der zwar Epochen der Ermüdung und der Stauung, aber kein Versiegen kennt, solange nicht die Geschichte des Volks endgültig zu Ende ist. Sie dokumentiert sich in der Kraft, sich dasjenige Herrschaftssystem zu geben, das den Aufgaben der Stunde gewachsen ist. Sie dokumentiert sich in der Fähigkeit, die gesellschaftlichen Teilgruppen, in die das Volk zerfällt, zusammenzuholen und zusammenzuhalten, also nicht in der sozialen Frage unterzugehen, sondern die sozialen Fragen zu absorbieren und ihnen eine neue Gestalt des Volksganzen abzuringen. Sie dokumentiert sich vor allem in der Tatsache, daß das Volk der unerschöpfliche Quell politischer Talente bleibt, daß es auf diejenige Führung anspricht, die es zu seiner Zukunft führt, und daß es — sei es auch nur in einigen Exponenten — sich ein waches Gewissen für die Notwendigkeiten seines Wegs bewahrt.

Ist es zu anspruchsvoll, wenn ich die Frage der politischen Bildung — und damit die Frage der Universität — in diesen großen Zusammenhang einordne? Daß die politisch „Gebildeten" nicht deswegen schon die Träger, wohl gar die gegebenen Führer der politischen Aktion sind, wurde bereits gesagt. Politische Bildung, wie alle Bildung, arbeitet mit geistigen Mitteln, zielt auf Erweiterung der Sicht, zielt auf Vertiefung des Wertgefühls und hat ihre unmittelbare Wirkung nicht darin, den Willen zu aktivieren, sondern darin, den Menschen zu formen. Allerdings unterscheidet sich politische Bildung, wenn sie echt ist, von anderen Formen der Bildung grundsätzlich dadurch, daß sie eine entschiedene Willenshaltung, nämlich den Einsatz der gesamten Person für Volk und Staat, zu ihrem Substrat hat. Dennoch würde sie sich völlig falsch einschätzen, wenn sie sich zutraute, politische Stoßkraft, wohl gar Begabung zu politischem Handeln, zu erzeugen oder zu ersetzen. Daß die billige Rede

vom akademisch Gebildeten als dem bestallten Führer der Nation zieht, ist heute ohnedies nicht zu befürchten.

Trotzdem: politische Bildung hat eine unverzichtbare Funktion in einem politischen Volk. Und wenn die Universität das ihre dazu tut, einen Stand politisch Gebildeter zu schaffen, so vollzieht sie nicht nur eine geistige Gleichschaltung, sondern sie baut langfristig mit am Aufbau des politischen Volks.

Mit voller Absicht habe ich in die erste Formulierung des Begriffs der politischen Bildung (S. 8) die Bestimmung aufgenommen: in seinem Volkstum wurzelnd, dem geschichtlichen Schicksal seines Staats verantwortlich verbunden, solle sich der politisch Gebildete „mit geistiger Souveränität“ für die Gestaltung der Zukunft einsetzen. Es ist keine bloße Zutat, sondern ein Erfordernis des nationalen Geistes, daß in einem großen politischen Volk ein Stand derer vorhanden sei, die den Fragen des nationalen Schicksals als Wissende gegenüberstehn und die ihre politische Entscheidung durch wissenschaftliche Erkenntnis gehärtet haben. Die ganze Unruhe und Gewagtheit, die mit dem Wege der Erkenntnis immer verbunden ist, darf, ja soll in die politische Willensbildung eingehen. Es sollen Menschen da sein, in deren Herzen das Bekenntnis zu Volk und Staat nicht nur Glaube, sondern vollbewußte Entscheidung ist. Daß das etwas anderes ist als unverwurzelte, neunmalkluge „Intelligenz“, muß aus dem ganzen Gedankengang klargeworden sein. Dasjenige Wissen freilich, aus dem der Staatsmann handelt, ist von methodischer Wissenschaft ebensoweit entfernt wie von jeder möglichen Form der Bildung. Es kann vielleicht durch eine lange Zucht, sicher aber durch keine Schule erzeugt werden. Die Universität kann nur sorgen, daß derjenige Teil der Jugend, der ihr anvertraut ist, in den Geist des Staats und seiner geschichtlichen Zukunft hineinwächst. Das kann sie. In diesem Sinne ist sie die Hohe Schule des Staats.

Hans Freyer / Revolution von rechts

5. Tausend, geheftet 1.80

Mit dem Grundsatz, daß die nationale Revolution keinen Interessenkonflikt auszutragen, sondern den Staat aus seiner Verstrickung in gesellschaftliche Interessen befreien will, hat Hans Freyer den wesentlichen Punkt unserer heutigen Situation getroffen. Er bringt den geschichtlichen Wendepunkt von heute in knappen, ungemein lebendigen Sätzen zum Bewußtsein und zeigt seine Wirkung in die Zukunft. Freyer rechnet grundsätzlich mit dem 19. Jahrhundert und seinen politisch überlebten Restvorstellungen ab. Er zeigt das Kraftfeld der Energien und die zum Bewußtsein erwachten nationalen Kräfte, die den Staat als lebendigen, noch zu formenden Raum sehen, in dem die Energien der Gesamtnation sich auswirken können.

Pommersche Tagespost: Ganz sachlich wird die Front, die sich auf den Schlachtfeldern der bürgerlichen Gesellschaft gegenwärtig formiert, in die Karte der Zeit eingetragen. Die Art aber, wie dies gemacht wird, ist Fanfare. Glänzend im Stil, von durchschlagender und konstruktiver Kraft der Geschichtsdeutung wird diese Schrift Revolution von rechts für die Selbstverwirklichung der Idee des Nationalismus in der kommenden Zeit eine entscheidende Rolle spielen.

Reinhold Schairer / Die akademische Berufsnot

Tatsachen und Auswege

kartoniert 3.80

Was Schairer, der Leiter des Deutschen Studentenwerkes, in seinem Kampfe um die Berufsnot voraussah, ist inzwischen zur unausweichlichen Notwendigkeit geworden. Das akademische Werkjahr ist nicht mehr eine Frage der Diskussion, sondern nur noch eine Frage nach der Form der praktischen Verwirklichung. Hier setzt die Bedeutung seiner Schrift ein. Schairer kennt die Situation, wie keiner sonst vermag er den tatsächlichen wie seelischen Umfang der akademischen Berufsnot zu übersehen. Seine Vorschläge zur Überwindung der Krise, die 1935 etwa 100000 überzählige Akademiker, 1940 sogar doppelt soviel zählen dürfte, stützen sich auf eine Fülle von Material, das seiner Schrift zugrunde liegt und ihr den besonderen Wert gibt.

Neues Stuttgarter Tagblatt: Zu den Akten gelegt dürfen die Schairerschen Pläne nur dann werden, wenn bessere gefunden sind: und wir sind überzeugt, daß die Elemente seiner Konstruktion die Elemente jeder möglichen umfassenden Hilfe auch für die Zukunft sein werden.

Der Tag: Eine Fülle von Problemen zeigt sich bei einzelnen praktischen Vorschlägen Schairers. Er hat sich das Verdienst erworben, auf Probleme hingewiesen zu haben, deren Lösung eine unabwendbare Aufgabe der Zukunft ist.

Richard Benz / Geist und Reich

Um die Bestimmung des Deutschen

kart. 4.80, in Leinen 5.80

Dieses Buch ist ein leidenschaftliches Bekenntnis zum geistigen Schicksal der Nation, ein Aufruf, den inneren Kräften des Deutschtums heute neue Gestalt zu geben. Es gibt keinen Berufeneren, der heute imstande wäre, über die Bedeutung des deutschen Geistes im neuen Reich zu sprechen, als Richard Benz. Was er in den Betrachtungen seines neuen Buches vorbringt, berührt den Kern unserer Zeit: die Erneuerung vom Geistigen her. Hier spricht ein verantwortungsbewußter Kritiker, der nie die Kraft zur Bejahung verliert, einer, dem der Blick in die Vergangenheit nur Zweck ist für ein nationalpädagogisches Ziel.

Es ist ein geistiges, aber auch ein sehr konkretes Buch. Benz weicht keinem Problem von heute aus! Mit unbestechlichem Freimut stellt er die Frage an die Gegenwart, ob sie in der Besinnung auf das wirklich Eigene dem deutschen Kulturwillen lebendige Gestalt geben will. Was Benz aus der Schau eines Jahrhunderte messenden Blickes vorbringt und als richtunggebend für die Zukunft ausspricht, wird in allen Kreisen, die dem Willen für innere Neugestaltung aufgeschlossen sind, starke Resonanz finden.

Deutsche Allgemeine Zeitung: Heute ist endlich der Tag gekommen, da dieser Rufer von seinem Volk gehört werden muß. Die einschlägigen Behörden des Reichs und der Länder werden sich jetzt mit den Forderungen von Richard Benz auseinandersetzen müssen, bevor sie daran gehen, die öffentliche Kunstübung sowie den Unterricht in Schulen und Hochschulen zu reformieren. Die Besinnung auf die eigene geistige Vergangenheit muß jetzt lebendigste Tatsache werden!

Richard Bie / Alfred Mühr

Die Kulturwaffen des neuen Reiches

kartoniert 2.80

Zwei Stimmen aus der nationalen Bewegung, die Zeugnis geben für das geistige Erlebnis im neuen Reich. Diese Briefe, geschrieben an sieben prominente Vertreter des geistigen Deutschlands, machen die grundlegende Wendung unserer Zeit sichtbar und zeigen aus praktischer Kenntnis den Weg zu organischem Neuaufbau in Dichtung, Theater, Kunst, Film und Rundfunk. Dienst am Volke steht hier als leitender Gesichtspunkt über dem Ganzen, das ebenso entfernt ist von kulturellem Spießertum wie von bindungslosem Individualismus. Es ist ein revolutionäres Buch, das mit überholten Methoden aufräumt und einer eigendeutschen Kulturgesinnung Raum schafft.